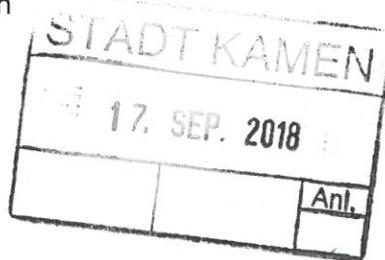




BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kamen - Rathausplatz 1 - 59174 Kamen

Bürgermeisterin der Stadt Kamen
Frau Elke Kappen
Rathausplatz 1

59174 Kamen



Fraktionsbüro :

Rathausplatz 1
59174 Kamen
Zimmer P4

☎ 02307 / 148 - 5400

☎ 02307 / 148 - 5450

b90gruene-fraktion.kamen@gswcom.biz

Bürozeiten :

Di. 10 - 12 Uhr

Do. 14 - 16 Uhr

Kamen, den 16.09.2018

Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN an den Rat der Stadt Kamen am 27.09.2018

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir beantragen für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 27.09.2018
folgenden Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen:

**Beteiligung der Stadt Kamen an der Initiative der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn –
gegen das Sterben im Mittelmeer**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Kamen setzt ein deutliches Zeichen gegen eine Politik der Abschottung, für das Recht auf Asyl und gegen Fremdenhass und beteiligt sich öffentlich an der Initiative der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn. Auch die Stadt Kamen ist bereit, Geflüchtete aus dem Mittelmeer aufzunehmen, damit dem Sterben vor Europas Grenzen Einhalt geboten wird. Die Bürgermeisterin der Stadt Kamen wird beauftragt, sich entsprechend auf Kreis-, Regierungsbezirks-, Landes- und Bundesebene zu positionieren.

Begründung:

Seit Anfang des Jahres erreicht die menschliche Katastrophe im Mittelmeer neue erschreckende Ausmaße. Obwohl die Anzahl Geflüchteter über die Mittelmeerroute kontinuierlich sinkt, gibt es immer mehr Tote. Laut UNHCR sind in diesem Jahr mehr als 1.500 Menschen an den Grenzen der Europäischen Union gestorben. Allein im Juni ertranken 629 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer, aktuell wird von einer Havarie mit über 100 Toten berichtet - unter anderem als unmittelbare Folge der Behinderung und Kriminalisierung von privaten Initiativen zur Seenotrettung.

In einem gemeinsamen Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die Städte Düsseldorf, Köln und Bonn der Bundesregierung angeboten, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei geht es insbesondere um die Menschen, die im Mittelmeer vor dem



Ertrinken gerettet werden, aber aktuell keinen Aufnahmeort finden. Die GRÜNEN sind der Auffassung, dass sich Kamen an der Initiative aus Köln, Düsseldorf und Bonn beteiligen sollte. Zu diesem Angebot gab es bereits viele solidarisierende Signale auch aus anderen deutschen Städten und Gemeinden.

Dabei setzen sich die Oberbürgermeisterin und die beiden Oberbürgermeister der Städte auch dafür ein, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen, die zur Zeit massiv durch Italien und Malta behindert wird. "Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen".

Dabei stimmen die Stadtspitzen darin überein, dass es eine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten geben muss. „Bis eine europäische Lösung mit allen Beteiligten vereinbart ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern. Die Städte können und wollen in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen - genauso wie andere Städte und Kommunen in Deutschland es bereits angeboten haben.“

Damit wollen sich die drei Städte gegen die vermeintlich herrschende Stimmung stellen, dass "Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilsystems die Not der Geflüchteten lösen können".

Wir von Bündnis 90/Die Grünen stimmen damit überein und wünschen uns, dass der Rat der Stadt Kamen ein deutliches Signal gegen eine humanitäre Abschottung und gegen Fremdenhass setzt. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören und wir können unseren Beitrag dazu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Dörlemann

Anke Dörlemann
Fraktionssprecherin